

Thießen, Ulrich; Handrich, Lars

Article

Syrien vor der Transformation

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Thießen, Ulrich; Handrich, Lars (2006) : Syrien vor der Transformation, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 73, Iss. 39, pp. 529-533

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151465>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Syrien vor der Transformation

Ulrich Thiessen
uthiessen@diw.de

Lars Handrich
lhandrich@diw.de

Syriens wirtschaftliche Entwicklung war in den letzten Jahren von abnehmender Ölproduktion, entsprechend rückläufigen Ölexporten und einer Verschlechterung der Leistungsbilanz gekennzeichnet. Dabei ist die Arbeitslosigkeit mit gut 11 % der Erwerbstätigen anhaltend hoch. Erschwert wird die wirtschaftliche Entwicklung durch die politische Isolation im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt. Die wirtschaftspolitische Herausforderung besteht vor allem darin, die im Jahr 2000 begonnene wirtschaftliche Liberalisierung weiter voranzutreiben und die nötigen institutionellen Reformen durchzuführen, um den unumgänglichen Wandel von einer vom Erdöl dominierten Volkswirtschaft hin zu einer stärker diversifizierten Branchenstruktur besser zu bewältigen. Dazu könnte der Ausbau der Gasproduktion, die fortschreitende Handelsliberalisierung und ein dynamischeres Wachstum der übrigen Wirtschaft beitragen.

Wirtschaftliche Entwicklung und erste Reformen

Mit dem Amtsantritt von Präsident Bashar al-Asad im Jahr 2000 beschloss die Regierung eine stärkere wirtschaftliche Liberalisierung im Wege der Öffnung der Märkte und einer Verwaltungsreform, nachdem über Jahrzehnte dem Modell der sozialistischen Planwirtschaft gefolgt worden war. So wurden die Landwirtschaft nach einer Bodenreform privatisiert, die verschiedenen administrativ festgelegten Wechselkurse stärker vereinheitlicht, private Banken und Versicherungen unter restriktiven Auflagen zugelassen, in ehemals geschützten Industrien wie dem Textilgewerbe und der Zementherstellung wettbewerbliche Bedingungen eingeführt sowie die willkürlich agierenden „Wirtschaftsstrafrichter“ abgeschafft. Der syrische Staat kontrolliert aber auch weiterhin den Öl- und Gassektor, die Stahlproduktion, die Versorgungsunternehmen (Elektrizität, Gas, Wasser) sowie etwa die Hälfte der weiteren Industrieproduktion einschließlich der industriellen Großunternehmen. Die Unternehmen in Staatsbesitz unterliegen den aus den osteuropäischen Transformationsländern bekannten „weichen Budgetschränken“. Ein Indikator hierfür ist, dass der Staatshaushalt die – beträchtlichen akkumulierten – Verluste trägt.

Ende 2005 hat die Regierung beschlossen, die Planwirtschaft schrittweise in eine soziale Marktwirtschaft zu überführen und dafür die eingeleiteten Reformen im Rahmen des neuen Fünfjahresplans verstärkt fortzusetzen. Ein umfassendes konsistentes Reformprogramm fehlt allerdings noch. Bei dessen Konzeption könnte Syrien auch auf die Erfahrungen der osteuropäischen Länder mit der Transformation zurückgreifen und so Fehler vermeiden. So pflegt das Land traditionell enge außen- und handelspolitische Beziehungen mit Russland und der Ukraine.¹

¹ Das DIW Berlin hat zum Beispiel seit Beginn der Transformation die Regierungen Russlands und der Ukraine beraten. Vgl. u.a. Ihor Burakovsky, Lars Handrich und Lutz Hoffmann (Hrsg.), Ukraine's WTO Accession. Challenge for Domestic Economic Reforms, 2004. Zahlreiche Reformprogramme wurden über die Jahre entwickelt und im Internet veröffentlicht (www.ier.kiev.ua).

Inhalt

Syrien vor der Transformation
Seite **529**

Tabelle

Entwicklung wichtiger makroökonomischer Variablen in Syrien

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Ölproduktion in Mill. Barrel pro Tag	54,0	52,7	52,5	50,0	46,0	41,4
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						
Bevölkerung	2,5	2,4	2,4	2,3	2,3	–
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,6	3,7	3,7	1,0	3,1	2,9
Industrieproduktion ¹	2,1	4,1	2,7	0,9	12,5	3,1
Landwirtschaftliche Produktion ¹	3,0	5,0	2,7	0,4	–	–
Investitionen ¹	–6,4	19,8	3,0	2,5	–	–
Exporte ²	22,6	32,7	0,2	–24,2	264,1	–35,1 ³
Importe ²	3,7	22,5	5,8	0,9	178,5	–13,3 ³
Verbraucherpreise ⁴	–3,8	3,0	1,8	2,8	4,6	6,5
Geldmenge M3	19,0	23,5	18,5	7,8	10,3	–
In % des Bruttoinlandsprodukts						
Leistungsbilanz	5,9	6,4	7,2	3,5	–2,0	–5,5
Ausländische Direktinvestitionen (brutto)	1,5	0,6	0,6	5,0	–	–
Überschuß / Defizit des konsolidierten Staatshaushalts	–1,4	2,4	–1,6	–2,6	–4,2	–4,2
Auslandsschulden ⁵	20,6	18,6	18,8	19,3	20,7	–
In %						
Arbeitslosenquote ⁵	–	11,2	11,7	12,1	–	–
Realer Zinssatz für kurzfristige Kredite ⁴	–0,6	6,8	7,4	–	–	–
In Währungseinheiten						
Überweisungen von im Ausland tätigen Syrern in Mill. US-Dollar	656	653	610	618	–	–
Offizieller Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar ⁴	46,5	46,5	46,5	46,5	48,7	–
Bruttoinlandsprodukt in Mrd. US-Dollar	18,0	21,2	23,0	22,9	24,9	27,3
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in US-Dollar	1 115	1 148	1 175	1 237	–	–
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in konstanten US-Dollar von 2000	1 115	1 124	1 134	1 135	–	–
Entwicklungsindikatoren						
Alphabetisierungsrate in % ⁶	74,4	75,3	82,9	–	–	–
Lebenserwartung bei der Geburt in Jahren	–	–	70,3	70,5	–	–
Schulbesuchsrate für die Primärschule in % ⁷	95,9	97,5	97,9	–	–	–
Ranking im Human Development Index ⁸	108 / 173	110 / 175	106 / 177	106 / 177	–	–

¹ Zu konstanten Preisen.² Zu laufenden Preisen auf Euro-Basis.³ Januar bis Juli.⁴ Jahresdurchschnittswerte.⁵ Jahresendwerte.⁶ Anteil der Personen mit Lese- und Schreibfähigkeit an der Bevölkerung über 15 Jahren.⁷ Anteil eines Jahrgangs, der in der Primärschule eingeschrieben ist.⁸ Rang / Anzahl der Länder im Ranking.

Quellen: Weltbank: World Development Indicators; Internationaler Währungsfonds: International Financial Statistics und Public Information Notice, No. 05 / 138 October 3, 2005 and IMF Article IV consultation mission's concluding statement, May 14, 2006; Europäische Kommission: DG Trade, 22. Mai 2006.

DIW Berlin 2006

Trotz aller Reformbekenntnisse kontrolliert der syrische Staat noch in erheblichem Umfang die Wirtschaft des Landes. So weist der breit angelegte Indikator *Economic Freedom* der Heritage Foundation für Syrien seit 2000 eine nur marginale Verbesserung der Note für wirtschaftliche Freiheit aus, und zwar von 4,0 auf 3,9 im Jahr 2006.² Nach dieser Bewertung gehört Syrien mit Iran und Yemen zu den Volkswirtschaften der Gruppe der 16 Länder des mittleren Ostens und Nordafrikas (MENA-Länder), die mit deutlichem Abstand die geringste wirtschaftliche Freiheit gewähren. Transparency International, das mit dem *Corruption-Perception-Index* den international wichtigsten Korruptionsindikator veröffentlicht, setzt Syrien im Jahr 2005 auf Rang 70 gemeinsam mit Ägypten, Kroatien, Polen und Saudi-Arabien; es rangiert damit unmittelbar vor China.³ Der vom United Nations Development Program (UNDP) für das Jahr 2003 ermittelte *Human-Development-Index* für Syrien erreichte den Wert von 0,721 bzw. Platz 106 von 177 Staaten (Tabelle).

Für den Marktzutritt neuer Unternehmen bestehen in Syrien aufgrund der auch im internationalen Vergleich sehr hohen Anforderungen an das zu hinterlegende Gründungskapital besonders große Hürden. Unternehmer müssen mehr als das 42-fache des nationalen Pro-Kopf-Einkommens bei der Unternehmensgründung als Kapital einbringen, das ist mehr als das Fünffache des Durchschnittswerts für die MENA-Region und mehr als 110-mal so viel wie der Durchschnittswert in den OECD-Staaten.⁴ Auch nach erfolgreicher Unternehmensgründung fallen

² Der Index nimmt Werte zwischen 1 (größte Freiheit) und 5 (unterdrückt) an. Vgl. Marc A. Miles, Edwin J. Feulner und Mary Anastasi O'Grady: 2006 Index of Economic Freedom. The Heritage Foundation and Dow Jones and Company, Washington D. C., 2006, www.heritage.org.

³ Transparency International, Annual Report, Corruption Perception Index 2005, 16, (www.transparency.org).

⁴ Vgl. Weltbank, Doing Business in 2006 (www.doingbusiness.org). Vgl. auch Yochanan Shadmuhove: Economic Development in the Middle East, Penn Institute for Economic Research Working Paper 04-022, University of Pennsylvania, Philadelphia, 2004, 5 f.

prohibitiv hohe Transaktionskosten (rund 28 % des Vermögenswertes) in Form von Gebühren, Steuern und Abgaben beim Erwerb von Immobilien sowie für die Sicherung der Eigentumsrechte an. Dies entspricht ebenfalls einem Vielfachen der Kosten in anderen Ländern.

Privatisierungen erfolgten in Syrien bisher vor allem in der Landwirtschaft⁵ sowie bei kleinen und mittleren Betrieben und schlossen den Öl- und Gassektor, die Stahlproduktion und die Versorgungsunternehmen (Elektrizität, Gas, Wasser, Müll usw.) aus. Ein Staatsvermögensfonds wie in Russland oder eine Privatisierungsagentur wie etwa die Treuhandanstalt in Deutschland existieren bisher nicht.

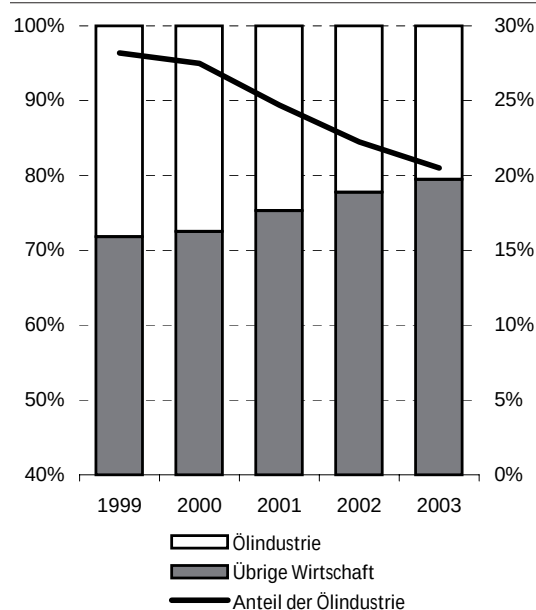
Der Anteil der staatlichen Betriebe an der Gesamtbeschäftigung ist allerdings relativ gering, weil es sich bei ihnen meist um kapitalintensiv produzierende Betriebe handelt. Die Arbeitsmarktp Probleme, die im Zuge einer durchgreifenden Reformpolitik durch den Wegfall administrierter Preise und Subventionen an die staatlichen Betriebe auftreten könnten, blieben insofern lösbar. Der schrittweise Abbau dieser Preisregulierungen und die anschließende Privatisierung wäre nicht nur aus fiskalischen Gründen, sondern auch im Hinblick auf eine effizientere Allokation volkswirtschaftlicher Ressourcen sinnvoll. Solange indes die zahlreichen Regulierungen für diese Bereiche bestehen bleiben, dürfte der Kreis potentieller Käufer im Falle der Privatisierung stark beschränkt bleiben.

Die syrische Volkswirtschaft ist seit dem Jahr 2000 kontinuierlich gewachsen. Zumeist überstieg die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) trotz der gesunkenen Ölproduktion die Zuwachsraten der Bevölkerung, so dass die Pro-Kopf-Einkommen ebenfalls zugenommen haben (Tabelle). Dazu trugen auch die gestiegenen Weltmarktpreise für Erdöl bei. Die Investitionen haben in diesem Zeitraum zum Teil kräftig zugenommen.

Die Struktur der syrischen Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren nur wenig verändert: Im Jahr 2004 betrug der statistisch ausgewiesene Anteil der Landwirtschaft am BIP 24,4 %, die Industrie einschließlich des Energiesektors trug mit 28,2 % bei, während die Dienstleistungen⁶ mit 47,4 % das größte Gewicht hatten. Die Bedeutung des Öls für die volkswirtschaftliche Produktion nahm allerdings deutlich ab und betrug 2003 nur noch gut ein Fünftel (1999: 28,2 %) (Abbildung). Gut 30 % der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft, 27 % in der Industrie und 43 % in den Dienstleistungsbereichen, davon gut 17 % im öffentlichen Sektor. Bei der Betrachtung dieser Daten ist zu beachten, dass in erheblichem Umfang Schattenwirtschaft und statistische Inkonsistenzen bestehen.⁷

Abbildung

Bedeutung der Ölindustrie für das Bruttoinlandsprodukt Syriens



Quelle: Internationaler Währungsfonds:
Syrien Arab Republic, Statistical Appendix,
Country Report No. 05/353, October 2005.

DIW Berlin 2006

Außenhandel: Struktur und Potential

Syriens Exporte betrugen im Jahr 2004 etwa 18,9 Mrd. Euro oder rund 99 % des BIP.⁸ Mit einem Anteil von gut 70 % am Gesamtexport sind Erdöl und Erdölprodukte die wichtigsten Exportgüter. Danach folgen Nahrungsmittel, Textilien und Bekleidung. Der mit großem Abstand größte Handelspartner ist die Europäische Union: Im Jahr 2004 gingen rund die Hälfte der syrischen Exporte in die EU; davon waren 85 % Erdöl und Erdölprodukte, knapp 6 % Textilien und knapp 3 % Nahrungsmittel. Weitere wichtige syrische Exportmärkte sind die Türkei (12,9 % Exportanteil) und der Irak (9,0 %). Insgesamt gingen 2004 rund 30 % der syrischen Exporte in die arabischen Länder.⁹

⁵ Es wird allerdings argumentiert, dass die privatisierten Landflächen zu klein sind, um rentabel zu produzieren. Vgl. beispielsweise Myriam Abasa: Privatisation in Syria: State Farms and the Case of the Euphrates Project. European University Institute, Working Paper No. 2, Florenz, 2005.

⁶ Vor allem Handel und Handwerk.

⁷ Beispielsweise schätzt Schneider den Umfang der syrischen Schattenwirtschaft für das Jahr 2003 auf 22 % des offiziellen BIP mit steigender Tendenz. Vgl. Friedrich Schneider: Shadow Economies of 145 Countries all over the World: Estimation Results over the Period 1999 to 2003. Universität Linz, Juni 2005, 47, www.economics.unilinz.ac.at/Schneider/ShadEconomyWorld145_EST_LARGE.pdf.

⁸ Vgl. Europäische Kommission, Generaldirektion Aussenhandel, 2006, Außenhandelsstatistik, trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/may/tradoc_113451.pdf.

⁹ Vgl. Europäische Kommission, GD Aussenhandel, a. a. O.

Die Hauptimportgüter Syriens sind Maschinen und Ausrüstungen, Metalle und Metallerzeugnisse, Kraftfahrzeuge, Nahrungsmittel und chemische Produkte. Im Jahr 2004 belegte die EU mit einem Importanteil von 18 % ebenfalls den ersten Platz, gefolgt von der Türkei (9,6 %), der Ukraine (8,8 %), China (7,9 %) und Russland (5,4 %). Die Importe aus dem arabischen Raum beliefen sich insgesamt auf rund 16 %.

Als Ölexporteur erzielt Syrien den Großteil der Exporteinnahmen in US-Dollar und koppelt seine Währung (syrisches Pfund) an diesen. Daneben werden für die Innen- und Außenwirtschaft verschiedene administrative Wechselkurse festgesetzt.¹⁰ Diese Wechselkurspolitik führte in der Tendenz zu einer Überbewertung der heimischen Währung und damit zu einer Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit.

Andere Waren als Erdöl und Erdölprodukte sowie Dienstleistungen spielten im Außenhandel bisher nur eine sehr kleine Rolle. Dies liegt vor allem an der noch geringen Diversifizierung der Produktionsstruktur. Besonders für den Handel mit arabischen Ländern besteht aber – wie empirische Studien zeigen – ein beträchtliches Potential.¹¹ In dessen Ausschöpfung liegen die Chancen Syriens, den Rückgang der Ölproduktion zu kompensieren und neue Wachstumsfelder zu erschließen. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine Verbesserung der politischen und institutionellen Rahmenbedingungen.

Mittelfristig könnte der Rückgang der Ölproduktion auch durch die Ausschöpfung der vermutlich umfangreichen Gasreserven aufgefangen werden. Dies würde allerdings bedeutende Investitionen für Exploration, Förderung und Transportinfrastruktur sowie für die Umwandlung von Gas in Flüssiggas erfordern. Private Investoren benötigen aufgrund der Langfristigkeit solcher Investitionsplanungen staatliche Garantien und stabile Rahmenbedingungen wie auch langfristig gesicherte Absatzmärkte. Bisher beschränken sich die syrischen Gasexporte auf den Libanon.

Finanzsektor

Syrische Unternehmen erhalten nur in sehr geringem Umfang Kredite vom Bankensektor. In einer Umfrage der Weltbank, in der exportstarke und staatliche Unternehmen überrepräsentiert waren, gaben 88 % der syrischen Unternehmen an, über keine Bankkredite für Betriebsmittel oder Investitionen zu verfügen.¹² Nur rund 4 % aller Investitionen wurden mit Bankkrediten finanziert. Der Bankensektor wird von der Staatlichen Commercial Bank of Syria dominiert, die über 80 % aller einheimischen Bankaktiva verfügt. Die Zentralbank ist nicht unabhängig.

Die extreme Unterentwicklung des Bankensektors und die folglich große Bedeutung des Bargelds wird der Monopolisierung des Bankensektors maßgeblich zugeschrieben.¹³ Insofern ist die Zulassung privater Banken entscheidend für die weitere Entwicklung des Bankensektors; sie wurde im Zuge der Reform des Finanzsektors durch ein neues Bankengesetz (2001) geregelt. Es besteht aber eine Grenze für Auslandseigentum an Banken in Höhe von 49 % des jeweiligen Grundkapitals. Nur sehr wenige private Banken wurden bisher zugelassen. Der Aufbau des institutionellen Rahmens für das Finanzsystem und einer effektiven Finanzaufsicht steht erst am Anfang und wird vermutlich weitere Jahre benötigen.

Auch der Versicherungsmarkt blieb aufgrund sehr restriktiver Regulierungen bisher deutlich unterentwickelt. Das jährliche Prämienaufkommen lag 2005 trotz zahlreicher Pflichtversicherungen bei gerade einmal 132 Mill. US-Dollar, das entsprach 7 US-Dollar pro Kopf.¹⁴ Ein unzureichendes inländisches Angebot an Versicherungsprodukten veranlasste in der Vergangenheit zahlreiche syrische Unternehmen, ihre Versicherungen im Ausland, vor allem im Libanon, in Jordanien, Zypern und Dubai, abzuschließen.¹⁵ Die staatliche Versicherungsaufsicht versucht zunehmend, durch Verbote dieses Ausweichen ins Ausland zu unterbinden.

Fiskalische Situation

In seiner Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung Syriens stellte der internationale Währungsfonds (IWF) kürzlich die mittelfristige Konsolidierung der Staatsfinanzen in den Mittelpunkt seiner Empfehlungen.¹⁶ Allerdings wird die entscheidende Frage offengelassen, ob der Staat die private Investitionstätigkeit durch Vorleistungen, insbesondere bei der Infrastruktur und der Gasexploration, anschieben sollte oder ob dies im wesentlichen durch strukturelle Reformen (einschließlich Reformen der

¹⁰ Das multiple Wechselkursregime umfasst einen offiziellen fixen Wechselkurs zum US-Dollar, der im öffentlichen Sektor angewandt wird, einen zweiten offiziellen Wechselkurs für bestimmte Transaktionen in der Privatwirtschaft und einen freien Marktwechselkurs.

¹¹ Vgl. beispielsweise: Ludwig Söderling, *Is the Middle East and North Africa Region Achieving Its Trade Potential?* IMF Working Paper No. 90, 2005; Radolphe Blavy, *Trade in the Mashreq: An Empirical Examination*. International Monetary Fund, Working Paper No. 163, 2001.

¹² World Bank, 2005, *Syrian Investment Climate Assessment: Unlocking the Potential of the Private Sector*, 38.

¹³ Bolbol, Ali A.: *The Syrian Economy: An Assessment of its Macroeconomic and Financial Development, 1974-1999*. In: *Journal of Development and Economic Policies*, Vol. 4, No. 2, Juni 2002, 7–39.

¹⁴ Vgl. Interview mit A. Latif Abboud, General Manager of the Syrian Insurance Supervisory Committee (SISC) in: *Syria Today*, August 2006.

¹⁵ Abboud, a. a. O.

¹⁶ Es wird eine Begrenzung des Anstiegs der öffentlichen Schuldenquote innerhalb der kommenden fünf Jahre auf gut 40 % des Bruttoinlandsprodukts empfohlen. Vgl. International Monetary Fund, *Arab Republic of Syria, IMF Article IV Consultation, Mission's Concluding Statement*, May 14, 2006, www.banquecentrale.gov.sy/main-eg.htm.

Institutionen und Rahmenbedingungen) gelingen kann. Die Beantwortung dieser Frage ist aber Voraussetzung für die vom IWF geforderte Erstellung eines „belastbaren“ mittelfristigen Szenarios einer nachhaltigen Fiskalpolitik und damit zur Verringerung des konsolidierten Defizits.

Aufgrund der stark rückläufigen Öleinnahmen, die mit einem Drittel der Staatseinnahmen eine wichtige Finanzierungsquelle für den Staatshaushalt darstellen, ist es fraglich, ob der Staat bedeutende Vorleistungen für den Ausbau der Gasproduktion erbringen kann. In diesem Fall wären verbesserte Rahmenbedingungen für private Investoren unumgänglich. Zur Begrenzung des Anstiegs der Schuldenquote auf beispielsweise einen Prozentpunkt pro Jahr wäre aber auch dann noch eine erhebliche Reduzierung des konsolidierten Defizits erforderlich, da das Defizit infolge sinkender Ölproduktion ständig zunimmt und für 2005 auf über 4 % des BIP geschätzt wurde. Dies macht weitere Maßnahmen erforderlich. In Syrien gibt es derzeit keine Umsatzsteuer und keine Mineralölsteuer. Auch sind die Steuereinnahmen, die nicht im Zusammenhang mit dem Erdöl stehen, mit gut 10 % des BIP relativ gering. Auch die Kraftstoffpreise sind extrem niedrig. Insofern könnte ein Spielraum bestehen, ohne Schaden für die wirtschaftliche Entwicklung die Steuereinnahmen zu erhöhen.

Administrierte Preise von Gütern wie Elektrizität, Wasser und Mineralöl belasten den syrischen Staatshaushalt in Form von Subventionen; sie werden an staatliche Unternehmen gezahlt, die aufgrund der Preisregulierungen Verluste oder nur geringe Gewinne erzielen. Nicht nur aus fiskalischem Grund, sondern auch für eine bessere Ressourcenallokation wäre der schrittweise Abbau dieser Regulierungen angebracht.

Soziale Fragen

Ein wichtiges und drängendes Problem ist die Schaffung eines Sozialversicherungssystems. Dies ist umso wichtiger, als die eingeforderten umfassenden Reformen zur Liberalisierung und Privatisierung mit mehr Wettbewerb und Anpassungsdruck in der Wirtschaft einhergehen und damit auch zumindest temporär eine höhere Arbeitslosigkeit verursachen dürften. Zudem ist die Ausbildung der freigesetzten Arbeitskräfte sowie der relativ jungen Bevölkerung (etwa die Hälfte der Bevölkerung ist unter 20 Jahre alt) zu gewährleisten. Der Ausbau und die Verbesserung des Bildungsbereichs gehört also ebenfalls zu den sozialpolitischen Herausforderungen.

Aufgrund fehlender Daten lässt sich die Ausbreitung der Armut in Syrien nur indirekt schätzen. Legt

man eine für Entwicklungsländer mit vergleichbarem Pro-Kopf-Einkommen typische Einkommensverteilung zugrunde, würde gut einem Drittel der Bevölkerung weniger als 2 US-Dollar pro Tag zur Verfügung stehen. Nach Angaben der Weltbank hatten Ende der 90er Jahre 13 % der syrischen Kinder unter 5 Jahren Untergewicht. Dieser Anteil liegt über dem in Ägypten, Jordanien, Libanon, Marokko und Tunesien und ist nur etwas geringer als in Iran und Irak.¹⁷

Fazit

Aufgrund der immer deutlicher abnehmenden Ölproduktion im Zuge ausgeschöpfter Ölreserven wird die wirtschaftliche Entwicklung Syriens entscheidend von der erfolgreichen Umsetzung marktwirtschaftlicher Reformen abhängen. Diese Reformen sollten Maßnahmen zur systematischen Liberalisierung und Verbesserung des gesamten institutionellen Rahmens umfassen. Damit könnte dazu beigetragen werden, den Rückgang der Öleinnahmen durch zunehmende Ausbeutung von Gasreserven und durch Wachstum anderer wirtschaftlicher Aktivität zu ersetzen.

Syrien steht vor der Notwendigkeit, die Exportstruktur zu diversifizieren und die Abhängigkeit des Außenhandels vom Erdöl zu verringern. Die seit 1948 angespannte politische Situation im Nahen Osten und die Entscheidung Syriens für die Planwirtschaft in den 60er Jahren schränken die traditionellen regionalen Wirtschaftsbeziehungen erheblich ein. Bis heute gibt es keinen wirtschaftlichen Austausch mit Israel. Abgesehen von Erdöllieferungen ist der Handel mit der Türkei und den arabischen Nachbarn eher gering und bleibt nach wie vor der Außenpolitik untergeordnet. Neben politischer Unsicherheit belasten den Außenhandel zahlreiche nicht tarifäre Handelsschranken einschließlich staatlicher Bürokratie, Patronage und Korruption.

Die Allokation der Ressourcen und die Effizienz der Produktion könnten durch Kürzung von Subventionen und eine Verbreiterung der Steuerbasis – zum Beispiel durch die Einführung einer Umsatzsteuer – verbessert werden. Die höheren Steuereinnahmen könnten dabei zur Errichtung eines Sozialversicherungssystems genutzt werden. Eine Liberalisierung auf breiter Front und institutionelle Reformen dürften dazu beitragen, Strukturwandel und Wirtschaftswachstum zu stimulieren.

¹⁷ Vgl. Weltbank, Towards a Virtuous Circle. A Nutrition Review of the Middle East and North Africa. World Bank and Human Development Group, Working Paper Series No. 17, Washington D.C., August 1999, 5.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Michael Grimm

Mortality and Survivors' Consumption

In developing countries illness shocks can have a severe impact on household income. Few studies have so far examined the effects of mortality. The major difference between illness and mortality shocks is that a death of a household member does not only induce direct costs such as medical and funeral costs and possibly a loss in income, but that also the number of consumption units in the household is reduced. Using data for Indonesia, it can be shown that the economic costs related to the death of children and older persons seem to be fully compensated by the decrease of consumption units. In contrast, when prime-age adults die, survivors face additional costs and, in consequence, implement coping strategies. It is shown that these are quite efficient and it seems that in terms of consumption households even overcompensate their loss, although they may face a higher vulnerability in the longer term. The results suggest that the implementation of general formal safety nets can give priority to the insurance of other types of risks, such as unemployment, illness or natural disasters.

Discussion Paper No. 611

August 2006

Jörg Döpke, Jonas Dovern, Ulrich Fritsche, Jiri Slacalek

Sticky Information Phillips Curves: European Evidence

We estimate the sticky information Phillips curve model of Mankiw and Reis (2002) using survey expectations of professional forecasters from four major European economies. Our estimates imply that inflation expectations in France, Germany and the United Kingdom are updated about once a year, in Italy about once each six months

Discussion Paper No. 615

September 2006

Laura Zimmermann, Liliya Gataullina, Amelie Constant, Klaus F. Zimmermann

Human Capital and Ethnic Self-Identification of Migrants

The paper investigates the role of human capital for migrants' ethnic ties towards their home and host countries. Pre-migration characteristics dominate ethnic self-identification. Human capital acquired in the host country does not affect the attachment to the receiving country.

Discussion Paper No. 616

September 2006

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Arne Uhlendorff, Klaus F. Zimmermann

Unemployment Dynamics among Migrants and Natives

Unemployment rates are often higher for migrants than for natives. This could result from longer periods of unemployment as well as from shorter periods of employment. This paper jointly examines male native-migrant differences in the duration of unemployment and subsequent employment using German panel data and bivariate discrete time hazard rate models. Compared to natives with the same observable and unobservable characteristics, unemployed migrants do not find less stable positions but they need more time to find these jobs. The probability of leaving unemployment also varies strongly between ethnicities, while first and second generation Turks are identified as the major problem group. Therefore, policy should concentrate on the job finding process of Turkish migrants to fight their disadvantages on the labor market.

Discussion Paper No. 617

September 2006

Claudia Kemfert

Die deutsche Energiepolitik braucht eine Trendwende: Ein 10-Punkte-Plan für eine nachhaltige Energieversorgung

Discussion Paper No. 618

September 2006

Lydia Illge, Reimund Schwarze

A Matter of Opinion: How Ecological and Neoclassical Environmental Economists Think about Sustainability and Economics

The differing paradigms of ecological and neoclassical environmental economics have been described in various articles and books and are also embedded in different institutional settings. However, we cannot take for granted that the paradigm debates described in the literature are actually mirrored in exactly the same way in the perceptions and opinions of researchers looking at sustainability from an economic perspective. This paper presents empirical results from a German case study on how economists and others involved in economic sustainability research from different schools of thought think about the issues of sustainability and economics, how they group around these issues, how they feel about the current scientific divide, and what they expect to be future topics of sustainability research. Knowing that sustainability research is highly and still increasingly internationally intertwined, and assuming that the opinions of German economic sustainability researchers do not dramatically differ from those in other countries, we think that these results will be of interest to the inter-national scientific community.

Discussion Paper No. 619

September 2006

Nachrichten aus dem DIW Berlin

Pressemitteilung des DIW Berlin vom 15. 09. 2006

Justus Haucap Mitglied der Monopolkommission

Professor Dr. Justus Haucap ist am 12. September 2006 vom Bundespräsidenten für eine Amtszeit von zunächst vier Jahren zum Mitglied der Monopolkommission ernannt worden. Justus Haucap ist Forschungsprofessor der Abteilung Informationsgesellschaft und Wettbewerb am DIW Berlin seit 2005 und Inhaber des Lehrstuhls für Wettbewerbstheorie und -politik an der Ruhr Universität Bochum seit 2003. Die Monopolkommission ist ein unabhängiges Beratungsgremium auf den Gebieten der Wettbewerbspolitik und Regulierung. Sie wurde 1974 eingerichtet und besteht aus fünf Mitgliedern. Haucap ist der jüngste Wissenschaftler, der bisher in die Monopolkommission berufen wurde.

Justus Haucap studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken und an der University of Michigan, Ann Arbor (USA) und wurde 1997 an der Universität des Saarlandes promoviert. Im Jahr 2003 hat er sich an der Universität der Bundeswehr in Hamburg zum Thema Wettbewerb, Regulierung und Institutionen habilitiert. Als Berater war er unter anderem für Telecom New Zealand, Mobilkom Austria, T-Mobile Austria, Deutsche Telekom, International Telecommunications Union (ITU), das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und die Deutsche Post AG tätig.

Weitere Informationen: www.monopolkommission.de/ sowie www.rub.de/wettbewerb

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 198888, 12 Cent / min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,– (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grützmacher GmbH & Co. KG, Berlin